Zeitung der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft

BACKBORD

Herbst/Winter 2025

GEWALT GEGEN FRAUEN – SO STOPPEN WIR SIE

Die Linke

Fraktion Hamburg

Hintere Reihe v.l.: Olga Fritzsche, Heike Sudmann, Sabine Ritter, Xenija Melnik, Carola Ensslen
Vordere Reihe v.l.: Hila Latifi, Heidi Reichinnek, Marie Kleinert, Cansu Özdemir

EDITORIAL

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,

Die Linke ist die Partei der Frauen. Gewählt wird sie deutlich häufiger von Frauen als von Männern, fast die Hälfte ihrer Mitglieder sind weiblich. Damit nimmt sie eine Ausnahmestellung unter den Parteien ein.

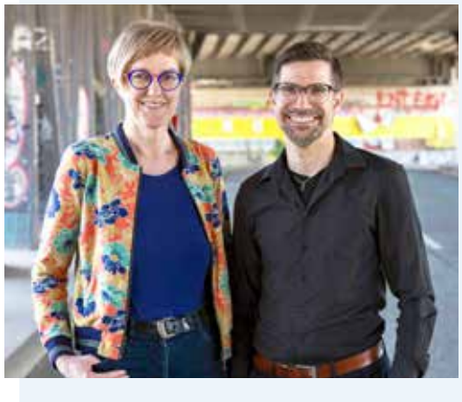
Dass das so ist, ist kein Zufall. Denn links sein heißt für uns, feministisch zu sein. Soziale Gerechtigkeit ist nichts wert ohne Geschlechtergerechtigkeit. Deshalb engagieren wir uns auf allen Ebenen für die Gleichstellung der Geschlechter. Von Männern und Frauen. Aber auch allen, die sich anders definieren.

In der Bürgerschaft haben wir diesen Kampf – oft wenig beachtet – zu einem unserer Schwerpunkte gemacht. Unsere Anträge richten sich gegen frauenfeindliche Werbung, für mehr Entgeltgerechtigkeit, für mehr Personal in Beratungsstellen, für kostenfreie Menstruationsprodukte, für Kampagnen gegen Männergewalt, für eine faire Aufteilung von Sorgearbeit, für präventive Täterarbeit, für mehr Gewaltschutz, gegen Abschiebungen aus Frauenhäusern.

Manches davon haben wir bereits durchsetzen können, bei anderem müssen wir weiter dranbleiben. Aber das werden wir, versprochen!

Herzlich, Heike Sudmann und David Stoop

(Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft)



FEMINISMUS

GLEICHE RECHTE? NOCH LANGE NICHT!

Rein rechtlich ist die Sache klar: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt", heißt es in Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes. Die Gleichstellung der Geschlechter hat damit Verfassungsrang - und das schon seit 76 Jahren. Die Realität aber sieht auch heute noch ganz anders aus

Gewalt und Diskriminierung gehören noch immer zum Alltag von Frauen. Studien zufolge ist geschlechtsspezifische Gewalt sogar die häufigste Menschenrechtsverletzung weltweit! Jede dritte Frau in Europa hat seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche oder sexuelle Gewalt erlebt. Ausgeübt wird sie meist von Männern aus dem eigenen Umfeld. Der gefährlichste Ort ist das eigene Zuhause!

Gewalt gegen Frauen zerstört das Leben und die Gesundheit von Millionen von Menschen. Sie ist kein privates oder individuelles Problem, sondern tief in gesellschaftlichen Strukturen verwurzelt und durch jahrtausendealte Ungleichheit und patriarchale Traditionen eingeübt. Verstärkt richtet sie sich gegen geflüchtete, behinderte und queere Personen – oder allgemeiner gesagt gegen **FLINTA**, was für **F**rauen, **L**esben, **I**nter, **N**onbinär, **T**rans und **A**gender steht. Kurz gesagt: alles, was kein Mann ist!

2011 hat der Europarat die Istanbul-Konvention beschlossen. Sie definiert klar, dass Gewalt gegen Frauen sich nicht nur in körperlichen Übergriffen äußert, sondern viele, oft subtile Formen hat (siehe rechte Seite). In Deutschland ist die Istanbul-Konvention seit 2018 rechtlich bindend. Sie schreibt der Politik vor, für Opferschutz, Prävention und Strafverfolgung sowie die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter zu sorgen.

Leider hapert es bei der Umsetzung. Es gibt noch immer viel zu wenig Mittel und Personal. In der Bürgerschaft setzen wir uns hartnäckig dafür ein, dass sich das ändert. Denn der Kampf gegen Gewalt gegen Frauen muss oberste Priorität bekommen – auch im Hamburger Rathaus!

Autorin: Jördis Spengler

Rückwärtsgewandt und frauenfeindlich
Wie die AfD uns zurück in die 1950er Jahre führen will

Die größte Bedrohung für die Rechte von Frauen ist derzeit der Aufstieg der Rechtsradikalen. Influencer reden Jungen ein, lieber Muskeln aufzubauen anstatt Gemeinsinn und Mitgefühl. Frauen werden als „Tradwives" zurück an den Herd geschickt. Zurück in die 1950er will auch die AfD: Im Bürgerschaftswahl-Programm betont sie die „naturgegebenen Unterschiede zwischen den Geschlechtern" ebenso wie die „natürliche geschlechtliche Identität". Sie propagiert die „klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild" und setzt sich auf Bundesebene gegen die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit, gegen das Recht auf Abtreibung und gegen die Anerkennung von queeren und Trans-Personen ein. Für uns ist klar: Feminismus und Antifaschismus gehören zusammen wie nie zuvor!

GEWALT GEGEN FRAUEN

SEXUALISIERT

Handlungen und Äußerungen, die die sexuelle Selbstbestimmung einer Person verletzen, treffen in erster Linie Frauen und queere Personen. Sexualisierte Gewalt beschränkt sich aber nicht nur auf körperliche Übergriffe, sie kann auch ohne direkten Körperkontakt erfolgen – zum Beispiel in Form von anzüglichen Gesten oder durch Sprache. Sexualisierte Gewalt dient der Erniedrigung und Kontrolle, nicht der Befriedigung sexueller Bedürfnisse. Viele Betroffene schämen sich, glauben, es sei ihre Schuld. Vergewaltigung und sexuelle Nötigung sind in Deutschland zwar strafbar, werden aber nicht konsequent genug verfolgt.

EMOTIONAL

Anders als körperliche Gewalt ist psychische oft schwer zu erkennen. In vielen Paarbeziehungen bildet sie den Anfang häuslicher Gewalt. Sie äußert sich in Kontrolle, Einschüchterung und Manipulation. Emotionale Gewalt zielt darauf ab, das Opfer abhängig zu machen und das Verhalten sowie die Wahrnehmung der Frau zu dominieren. Merkmale sind Isolation von sozialen Kontakten, Kontrolle darüber, wen man treffen darf, bis hin zu Vorschriften, was man anzuziehen hat. Die Folgen sind schwere psychische Belastungen, Verunsicherung, sinkendes Selbstwertgefühl und zunehmende Abhängigkeit, die den Ausstieg aus der Gewalt erschweren.

DIGITAL

Gewalt, die online ausgeübt wird, trifft immer mehr junge Frauen und Mädchen. In sozialen Netzwerken, Messenger-Apps, Chat-Räumen, Gaming-Plattformen oder per E-Mail gehört sie inzwischen zum Alltag. Zu ihr gezählt werden auch Überwachung per Spyware, Verbreitung intimer Bilder, Deepfakes, Rache-Pornografie, Bedrohungen, Beleidigungen oder das gezielte Verbreiten falscher Informationen. Ziel ist die Kontrolle, Einschüchterung und Demütigung der Frauen. Neuere Studien zeigen, wie gewaltvolle Akteure digitale Plattformen nutzen – nicht nur zur Radikalisierung und Verbreitung ihrer Ideologien, sondern auch als Räume, in denen Gewaltfantasien genährt und normalisiert werden.

SOZIAL

Wer eine Person systematisch aus dem gesellschaftlichen Leben ausschließt, ausgrenzt oder isoliert, tut ihr soziale Gewalt an. Und die zielt darauf ab, ihr Ansehen, die Zugehörigkeit oder ihren Kontakt zu anderen Menschen zu schädigen. Dies geschieht durch Ignorieren, Isolation vom Freund*innenkreis, von Familie oder Kolleg*innen oder das Verbot, allein wegzugehen. Soziale Gewalt ist oft schwer sichtbar, hat aber tiefgreifende psychische Folgen wie Einsamkeit, Angst, Scham oder den Verlust des Selbstwertgefühls.

PHYSISCH

Die augenfälligste Form der Gewalt gegen Frauen richtet sich gegen ihre Körper. Es beginnt mit Schubsen, an den Haaren ziehen, Ohrfeigen, Schlägen und Würgen. Dass dabei nicht nur körperliche, sondern auch emotionale Verletzungen entstehen, äußert sich oft erst Jahre später. Die extremste Form der körperlichen Gewalt ist der Femizid, die Tötung einer Frau aufgrund ihres Geschlechts. Er richtet sich besonders oft gegen Frauen, die sich von ihren Partnern trennen wollen – also deren Kontrolle entfliehen. In Deutschland versucht fast jeden Tag ein Mann, seine (Ex-)Partnerin umzubringen, jeden zweiten Tag stirbt eine Frau durch die Hand eines Mannes. Femizide sind bisher kein eigenständiger Straftatbestand, selbst ihre Anzahl wird nicht systematisch erfasst.

ÖKONOMISCH

Bei der Verteilung von Einkommen und Besitz, der Besetzung von Führungspositionen und der Ausübung politischer Macht zeigt sich noch immer ein klares Gefälle zwischen den Geschlechtern. Bei der Bezahlung nennt man diese Lücke den „Gender-Pay-Gap". Sie schließt sich so langsam, dass es Jahrzehnte bis zur Gleichstellung dauern würde – wenn wir nicht mehr dafür tun. Dass ihre finanziellen Mittel und Möglichkeiten eingeschränkt und kontrolliert werden, ist für viele Frauen noch immer Alltag. Und eben dass sie in unterbezahlten Jobs arbeiten, ihnen eigene Konten verwehrt werden, dass ihnen keine Kontrolle über ihre Arbeitskraft und Ausgaben zugestanden wird. Nur Schätzungen gibt es über das Ausmaß der Ausbeutung von Frauen in der Pflege und in der Erziehung, wo sie es meist sind, die unbezahlte Care-Arbeit leisten und dafür später noch mit verringerter Rente bestraft werden.

INTERVIEW

„Sowas habe ich bei meinen männlichen Kollegen noch nicht erlebt"

Interview mit Heidi Reichinnek (Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag) und Hila Latifi (Feminismus-Fachsprecherin der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft) über den anhaltenden Sexismus in Politik und Gesellschaft

Backbord: In letzter Zeit haben Politiker*innen immer wieder von Hass und Anfeindungen bis hin zu Gewaltdrohungen berichtet, besonders im Internet. Woran merkt ihr in eurem Alltag, dass Frauen in der Politik mit einem anderen Maßstab gemessen werden als Männer?

Heidi Reichinnek: Ich merke das zunächst einmal daran, dass ich sehr oft Fragen zu meinem Äußeren beantworten muss oder negative Kommentare bekomme. Sowas habe ich bei meinen männlichen Kollegen noch nicht erlebt. Außerdem erreichen mich fast täglich Beleidigungen oder gar Morddrohungen per Mail oder Post. Das zeige ich nach Möglichkeit dann aber auch an.

Hila Latifi: Schon der Weg in die Politik ist für Frauen ein ganz anderer – gerade für junge migrantische Frauen. Wenn du als solche in die Politik willst, musst du gegen sehr viel Widerstand kämpfen. Niemand wird sagen, dass es daran liegt, dass du Frau, jung oder migrantisch bist. Es wird deine Qualifikation in Frage gestellt, es wird bezweifelt, dass du genügend Erfahrung hast. Obwohl viele davon sprechen, dass Politik gerade diese Repräsentanz braucht, sind leider viel zu wenige dazu bereit, sie zu ermöglichen.

Backbord: Warum begegnet gerade Politikerinnen so viel Hass und Cybergewalt?

Heidi Reichinnek: Wir leben nun mal in einer zutiefst patriarchalen Gesellschaft. Und in den letzten 10 Jahren haben wir zudem einen starken Rechtsruck erlebt. Damit geht auch ein starker Frauenhass und eine Rückkehr zu traditionellen Rollen einher. Politikerinnen wie ich, die für ihre Werte eintreten, sind für Rechte die perfekte Angriffsfläche, an der sie ihren Hass rauslassen.

Hila Latifi: Als Politikerin wirst du nicht nur in deiner Position angegriffen, sondern auch in deiner Identität. Solange Sexismus und Rassismus als Bewertungskategorien dienen, werden auch insbesondere diese Personen immer Abwertung, Anfeindungen und Gewalt ausgesetzt sein. Du bist Politikerin, aber vor allem bist du Frau und Migrantin, du musst dreifach abliefern und wirst dennoch ständig in Frage gestellt. Männer können sich viel mehr Inkompetenz leisten.

Backbord: Die Linke mobilisiert derzeit wie keine andere Partei besonders bei jungen Frauen auf Social Media. Wurde die gezielte Ansprache dieser Gruppe in der Politik zu lange unterschätzt?

Heidi Reichinnek: Für uns war es schon immer wichtig, Themen anzusprechen, die andere hinten runterfallen lassen, gerade auch mit Blick auf junge Frauen und queere Personen. Das gilt etwa für die Themen Frauengesundheit, Selbstbestimmung über den eigenen Körper, Gewaltbetroffenheit, aber auch Lohngerechtigkeit und Gleichstellung.

Hila Latifi: Feministische Repräsentanz in der Politik und der konsequente Kampf für feministische Errungenschaften finden offensichtlich viel Zuspruch vor allem bei jungen Frauen. Viel zu lange haben Männer Politik für Männer oder Frauen nach männlichem Vorbild gemacht.

Backbord: Neumitglieder in der Linken sind besonders jung und weiblich – zuletzt ist der Anteil der Frauen bei der Hamburger Linken von 36 auf 48 Prozent gestiegen. Was muss sich ändern, damit auch unsere politischen Parlamente die gesellschaftliche Realität widerspiegeln?

Hila Latifi: Wenn wir Diversität wollen, dann müssen wir uns proaktiv dafür einsetzen. Das heißt, dass wir über Zugänge und Repräsentation sprechen müssen. Vielfältigkeit braucht Platz, Räume und abgesicherte Strukturen und Anerkennung. Neue Perspektiven brauchen neue Strukturen. Die politische Kultur muss sich ändern!

Heidi Reichinnek: Unsere Fraktionen in den Landesparlamenten und im Bundestag bilden ja schon sehr gut die gesellschaftliche Realität ab.

Aber in den Parlamenten sitzen nun mal auch andere Parteien und die müssen dringend daran arbeiten, dass sie sowohl mehr Frauen als auch andere Bildungsschichten in ihren Fraktionen haben. Wir haben dafür etwa eine Frauenquote für unsere Wahllisten. Außerdem müssen wir als Gesellschaft dafür sorgen, dass Menschen, die Familie haben oder Angehörige pflegen, überhaupt erst die Möglichkeit haben, sich einem politischen Ehrenamt zu widmen und Ämter zu übernehmen.

AUFRÜSTUNG

KRIEGSTÜCHTIG? NICHT MIT UNS!

Mit Rezepten aus dem 19. Jahrhundert wollen SPD, CDU und Grüne Deutschland auf den Krieg vorbereiten. Mit unbegrenzter Aufrüstung und Militarismus schaffen wir niemals Frieden

Marschierende Soldaten, gebügelte Uniformen, zackige Befehle: Kaiser Wilhelm hätte es bestimmt gefallen, was die Bundeswehr kürzlich auf dem Hamburger Rathausmarkt zum Besten gab. Am „Veteranentag“ lauschten neben den Generälen auch Verteidigungsminister Boris Pistorius und Bürgermeister Peter Tschentscher (beide SPD) Marschmusik und Militärtrommeln. Diese Veranstaltung soll es, wenn es nach SPD, CDU und Grünen geht, ab jetzt in jedem Jahr geben.

Der Veteranentag ist nur ein Beispiel dafür, wie sich das Militär in immer mehr gesellschaftlichen Bereichen immer breiter macht. Beim Nato-Manöver „Red Storm Bravo“ knatterten Ende September Hubschrauber im Tiefflug über der Stadt, Militärfahrzeuge fuhren kolonnenweise auf unseren Straßen. In den USA heißt das Verteidigungsministerium neuerdings Kriegsministerium. Und auch wir sollen neuerdings nicht mehr nur verteidigungsbereit zu sein. Sondern „kriegstüchtig“.

Aber können uns immer neue Kriegsschiffe, Panzer, Raketen und Soldaten wirklich schützen? Die Antwort ist: Nein. Die Geschichte zeigt, dass mehr Waffen mittel- und langfristig nie zum Frieden geführt haben, sondern zu immer mehr Kriegen. Selbst wenn man der Meinung ist, dass Wladimir Putin mit seinem aggressiven Imperialismus nicht durchkommen darf und wir unabhängig sein müssen vom irrlichternden Donald Trump: Ungebremste Aufrüstungspolitik kann keine Lösung sein.

NEIN zur Wehrpflicht

Bereits im kommenden Jahr sollen 18-Jährige wieder Post vom Staat bekommen, um sie für den Einsatz in der Armee zu erfassen. So hat es die Bundesregierung beschlossen. Manche in SPD und CDU sagen bereits, das reiche nicht, die Wehrpflicht müsse wiedereingeführt werden. **Wir meinen: Der Zwangsdienst gehört für immer abgeschafft!**

NEIN zu Sparmaßnahmen

Dass die Schuldenbremse gelockert wurde, ist eine gute Sache. Dass das nur für Rüstung gilt, ist aber falsch. Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden: Deshalb ist jetzt schon klar, dass ein Großteil der Mehrausgaben fürs Militär anderswo eingespart werden muss. **Wir meinen: Geld für Bildung und den sozialen Zusammenhalt anstatt immer mehr Geld für Rüstung!**

NEIN zu Werbung für die Bundeswehr

In Schulen, Schwimmbädern und an Bushaltestellen wird zunehmend vor allem um junge Leute für den Dienst an der Waffe geworben. Dabei vermittelt die Bundeswehr ein vollkommen falsches Bild vom Krieg. **Wir meinen: Diese Art Werbung gehört nicht in unser Stadtbild!**

NEIN zu Auslandseinsätzen

Anstatt die Bundeswehr für die Landesverteidigung fit zu machen, wurde sie jahrzehntelang in fragwürdige und tödliche Einsätze wie in Afghanistan geschickt. **Wir meinen: Alle Auslandseinsätze müssen beendet werden!**

NEIN zum Arbeitszwang

Im Zuge des Nato-Manövers „Red Storm Bravo“ kam heraus: Auch die Agentur für Arbeit soll jetzt kriegstüchtig werden. Im Kriegsfall können Hamburger*innen zu Arbeitseinsätzen verpflichtet und ihre Rechte einschränkt werden. **Wir meinen: Hände weg von den Betrieben und Arbeitsplätzen!**

NEIN zu Kriegsgewinnen

Rüstungskonzerne wie Rheinmetall machen immer mehr Gewinn mit Waffen. Das ist ein zunehmendes Problem, denn Konzerne wie sie haben ein Interesse an Aufrüstung und Krieg. Frieden ist schlecht für ihr Geschäft. Im Hamburger Hafen übernimmt Rheinmetall jetzt die Traditionswerft Blohm + Voss. **Wir meinen: Rüstungskonzerne dürfen nicht noch mehr Macht bekommen!**

TAUSCHAKTION

ALLES AUF EINE KARTE

Mit der Bezahlkarte schikaniert der Hamburger Senat Geflüchtete – und bald auch andere Gruppen?

Leben ohne Bargeld? Für viele in Deutschland mittlerweile ganz normal. Für Menschen mit geringen Einkommen sieht das anders aus. Sie sind oft auf Bargeld angewiesen: Zum Beispiel, weil sie Kleidung nicht neu im Laden, sondern günstig gebraucht kaufen.

Ausgerechnet für die Menschen, die am wenigsten haben, hat der Hamburger Senat 2024 die „SocialCard" eingeführt: Geflüchtete im Asylverfahren erhalten ihre Leistungen in Höhe von monatlich 173,50 Euro auf eine Guthabenkarte geladen. Nur 50 Euro davon können sie in bar abheben. Geld überweisen kann man nur an wenige ausgewählte Empfänger*innen: zum Beispiel Mobilfunkanbieter oder bestimmte Inkassounternehmen.

Mit der Bezahlkarte möchte der Senat verhindern, dass Geflüchtete Geld ins Ausland überweisen – zum Beispiel an Schlepperbanden oder die Familie. Aber das ist reiner Populismus. In der Realität reicht das Geld kaum zum Leben hier, Überweisungen in erwähnenswerter Höhe waren auch vorher nicht möglich.

Die Bezahlkarte legt Geflüchteten Steine in den Weg und erschwert die Integration. Was an Geflüchteten getestet wird, könnte in Zukunft auf andere benachteiligte Gruppen ausgeweitet werden: Dann würden bald auch Sozialhilfeempfänger*innen und Menschen in der Altersgrundsicherung ihre Leistungen auf einer vergleichbaren Karte erhalten.

Hier findest du Orte, an denen du die Gutscheine tauschen kannst:

Wie kannst du Menschen mit Bezahlkarte helfen?

Viele Hamburger*innen unterstützen Geflüchtete gegen die Schikane durch die Bezahlkarte. Das Prinzip ist ganz einfach: In Supermärkten, die die Bezahlkarte akzeptieren, kaufen die Betroffenen Gutscheine. Unterstützer*innen kaufen den Geflüchteten die Gutscheine ab. Auf diese Weise kommen sie an Bargeld. Der Gutscheintausch ist an vielen Orten in Hamburg möglich! Unter anderem in unseren Abgeordnetenbüros in Eimsbüttel oder Harburg.

Hier geht man mit Bezahlkarte leer aus:

Auf dem Flohmarkt

Ein Traum für Schnäppchenjäger*innen: Hamburgs Flohmärkte. Wer es sich nicht leisten kann, jedes Jahr eine neue Winterjacke für das Kind zu kaufen, oder neue Turnschuhe, wird hier oft fündig. Aber: Bezahlkarten kann man hier gleich stecken lassen.

Auf dem Wochenmarkt

Günstige Lebensmittel kann man auf vielen Wochenmärkten in Hamburg finden. Aber auch hier gilt oft: Nur Bares ist Wahres, mit einer Bezahlkarte kommt man hier nicht weit.

Auf Kleinanzeigenportalen

Anders als bei Flohmärkten kann man bei Kleinanzeigenportalen gezielt nach gebrauchten Artikeln suchen. Die Verkäufer*innen sind in der Regel Privatleute, die die Ware nicht mehr brauchen. Bezahlt wird in Cash oder mit Paypal, mit der SocialCard geht hier nicht viel.

Im Laden um die Ecke

Ob Elektrogeräte, Spielzeug oder Kleidung: In vielen kleinen Geschäften kann man in Hamburg wohnortnah einkaufen. Aber nicht mit der „SocialCard". Denn bei der Zahlung entstehen den Geschäften Gebühren. Deshalb akzeptieren vor allem kleine Läden die Bezahlkarte oft nicht.

Beim Anwalt

Wer in Deutschland Asyl beantragt, benötigt oft einen Rechtsbeistand: Zum Beispiel, um sich vor Gericht gegen fragwürdige Entscheidungen der Ausländerbehörde zu wehren. Das kostet Geld – aber für Anwaltskosten ist die Überweisungsfunktion der Bezahlkarte nicht freigeschaltet.

KAMPAGNE

GEMEINSAM GEGEN DEN MIETENNOTSTAND

Wohnungsnot, Spekulation und Leerstand machen Konzerne immer reicher und die Mieten immer höher. Auch die städtische SAGA erhöht regelmäßig die Mieten. Denn der Senat will, dass sie Gewinne macht und diese in den Landeshaushalt pumpt. In Hamburg wehren sich jetzt Initiativen und Die Linke gemeinsam

Rekordgewinn für die SAGA: 283,5 Millionen Euro hat das städtische Wohnungsunternehmen im vergangenen Jahr Plus gemacht. Das sind etwa 100 Millionen Euro mehr als im Jahr davor. Und das, obwohl bei dieser Summe Investitionen in Instandhaltung und Neubau schon abgezogen wurden.

Eine gute Nachricht? Nur scheinbar! Denn von den SAGA-Gewinnen haben die Mieter*innen, von denen das Geld kommt, nicht viel. Zwar sind die Mieten dort niedriger als bei privaten Konzernen. Doch auch sie steigen ungebremst. Allein 6,3 Millionen Euro aus dem jüngsten SAGA-Gewinn stammen aus Mieterhöhungen!

Beim Bau neuer und vor allem günstiger Wohnungen hinkt die SAGA ihrem Ziel von 2.000 begonnenen Neubauten jährlich dagegen hinterher. Im vergangenen Jahr waren es nur knapp 800. Dafür stieg die Zahl der Zwangsräumungen kräftig an. 247 Wohnungen wurden laut einer Anfrage unserer Fraktion im Jahr 2024 bei der SAGA zwangsgeräumt.

Hinzu kommt der schlechte Zustand etlicher Häuser. Nachdem sich Mieter*innen über Feuchtigkeit und Schimmel beschwert hatten, starteten Aktivist*innen der Linken kürzlich eine Umfrage unter SAGA-Mieter*innen in den Grindelhochhäusern in Harvestehude. Wochenlang klingelten sie an den Haustüren. Die Berichte waren erschreckend. Von Vermüllung und Ratten war zum Teil die Rede, Fenster werden nur in Einzelfällen ausgetauscht, sind zum Teil über 40 Jahre alt und marode. Aus anderen Stadtteilen, z.B. Wilhelmsburg, Harburg und Stellingen, gibt es ähnliche Berichte. Auch dort hatte Die Linke direkte Umfragen durchgeführt.

2025 Euro Gewinn pro Jahr macht die städtische SAGA mit jeder einzelnen ihrer 140.000 Wohnungen. Trotzdem werden die Mieten immer weiter erhöht.

Was also tun? Die SAGA enteignen? Geht gar nicht. Denn die gehört ja schon der Stadt. Und gerade deshalb könnte sie endlich ihre soziale Verantwortung wahrnehmen. Dass sie das bisher nicht tut, liegt in der Verantwortung der Hamburger Senatssparteien SPD und Grüne.

So könnte die SAGA etwa die Mieterhöhungen stoppen. Das wäre nicht nur für die eigenen Mieter*innen gut. Es würde das Mietniveau in Hamburg insgesamt beeinflussen, weil es sich auf den Mietenspiegel auswirken würde.

Die SAGA könnte ihre Gewinne in mehr Reparaturen und in neue Sozialwohnungen stecken. Denn preiswerter Wohnraum ist das, was Hamburg am allernötigsten braucht!

140.000 Wohnungen besitzt die SAGA. Bei 283,5 Millionen Euro Gewinn heißt das: Im Durchschnitt bringt jede einzelne Wohnung 2.025 Euro Profit.

Und das ist nur die SAGA. Private Wohnungskonzerne wie Vonovia kassieren bei den Mieter*innen viel hemmungsloser ab. Während einfache Leute kaum noch wissen, wie sie die steigenden und zum Teil illegalen Mieten bezahlen sollen, machen sich die Besitzenden immer mehr die Taschen voll.

Die Linke fordert deshalb bundesweit einen Kurswechsel in der Wohnungspolitik. Sie hat dazu eine Kampagne gestartet, die Mieter*innen und Initiativen zusammenführen soll. Wohnen ist ein Grundrecht und darf keine Marktware sein. Große private Wohnungskonzerne gehören vergesellschaftet, gemeinnützige Genossenschaften gestärkt. Mindestens jede zweite Neubauwohnung muss eine Sozialwohnung sein. Bei der SAGA müssen Missstände angegangen werden und die Mieten runter. Außerdem fordert Die Linke nach dem Vorbild Wiens erheblich mehr städtischen Wohnungsbau. Das würde nicht nur Abhilfe gegen den Wohnungsmangel schaffen. Sondern auch noch bleibende Werte schaffen, von denen alle etwas hätten.

ABZOCKE STOPPEN!

Ob eure Miete oder die Heizkosten überhöht sind, könnt Ihr ganz einfach auf der Webseite der Linken überprüfen. Einfach QR-Codes scannen und den Anweisungen auf der Webseite folgen. Im Idealfall könnt Ihr zu viel gezahltes Geld zurückfordern!

HIER FINDET IHR UNS!

GANZ DICHT DRAN

Ob im Rathaus oder in den Stadtteilen: Hier sind unsere Bürgerschaftsabgeordneten regelmäßig anzutreffen. In den Bezirken Nord, Harburg, Bergedorf, Altona und Eimsbüttel hat die Fraktion Büros, die für Gespräche und Beratungen, Veranstaltungen und Feste genutzt werden. Herzlich Willkommen!

Eimsbüttel

Jan Libbertz
Schopstraße 1
20255 Hamburg
Tel: 0176 72289059
Öffnungszeiten:
Freitag 17 – 19 Uhr

Nord

Deniz Celik
Straßburger Straße 16
22049 Hamburg
Öffnungszeiten:
Jeden 1. und 3. Dienstag
Sozialberatung
16:30 Uhr – 18 Uhr
Jeden 1. Sonntag
Hilfe für Steuererklärung
11 und 13 Uhr

St. Pauli

Marie Kleinert
Hamburger Hochstraße 1a
20359 Hamburg (am Hein-Köllisch-Platz)
Öffnungszeiten:
Montag und Mittwoch 10 – 12 Uhr
Donnerstag 14 – 16 Uhr

Bergedorf

Stephan Jersch
Weidenbaumsweg 19
21029 Hamburg
Tel: 040 71189090
Öffnungszeiten:
Dienstag 14:30 – 16:30 Uhr
Donnerstag 9 – 13 Uhr
Freitag 10 – 12 Uhr
und nach Absprache

Harburg

Xenija Melnik
Wallgraben 24
21073 Hamburg
Öffnungszeiten:
Donnerstag 12 – 14 Uhr
und nach Absprache

IMPRESSUM
Backbord – Zeitung der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft
Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg • Telefon: 040 – 42831-2250
E-Mail: info@linksfraktion.hamburg.de | Web: www.linksfraktion-hamburg.de
Bluesky: linksfraktionhh.bsky.social | Facebook: fb.com/Fraktion.DIELINKE.Hamburg
Instagram: instagram.com/linksfraktionhh | TikTok: tiktok.com/@linksfraktionhamburg
V.i.S.d.P.: Stephan Jersch • Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg
Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.
Gestaltung: Karin Desmarowitz • www.karindesmarowitz.de
Fotos: Karin Desmarowitz (Seite 1 u. 4: Porträts Abgeordnete Hamburg, Seite 2: Fraktionsvorsitzende, Seite 6: Laden, Anwalt, Seite 7: Häuser) | Die Linke (Seite 7: Demo, Geldschein, Seite 8: Büros) | Andrey Danilovich/iStock (Seite 6: Flohmarkt) | Jara3000/iStock (Seite 5: Geldsack) | Meltem Kaya (Seite 1: Hila Latifi) | Olaf Kostritz (Seite 1 u. 4: Heidi Reichinnek) | Christian Mang/imago (Seite 2: Demo) | George Marks/iStock (Seite 2: 50er Jahre) | A. Mokhtari/Adobe Stock (Seite 5: Einkaufswagen) | pixabay (Seite 5: Soldat, Panzer, Zwangsarbeit) | Rrrainbow/iStock (Seite 6: Wochenmarkt) | Seba/Adobe Stock (Seite 3: Faust)

Die Linke
Fraktion Hamburg